

Die Liga der außergewöhnlichen Gentleman: Jens Hacke porträtiert den politischen Liberalismus der Zwischenkriegszeit

Söllner, Alfons

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Söllner, A. (2018). Die Liga der außergewöhnlichen Gentleman: Jens Hacke porträtiert den politischen Liberalismus der Zwischenkriegszeit. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-82385-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

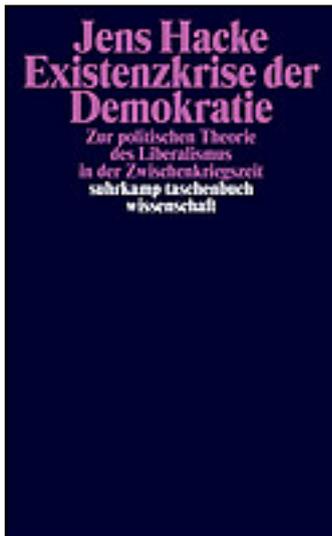
Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Alfons Söllner | Rezension | 23.11.2018

Die Liga der außergewöhnlichen Gentlemanen

Jens Hacke porträtiert den politischen Liberalismus der Zwischenkriegszeit



Jens Hacke
Existenzkrise der Demokratie . Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit
Deutschland
Berlin 2018: Suhrkamp
455 S., EUR 26,00
ISBN 978-3-518-29850-3

Ein „Eldorado für Intellektuelle“ hat Kurt Sontheimer die Weimarer Republik in seiner epochemachenden Studie über das „antidemokratische Denken“ genannt. Dieses Kompliment, das in den frühen 1960er-Jahren noch zweideutig klang, hat sich in den Konjunkturen der Ideengeschichtsforschung immer wieder bestätigt. Mochte damals ein einäugiger Historismus die Epoche zwar nicht als „unmittelbar zu Gott“, aber als mittelbar zu Hitler darstellen, so differenzierte sich das Bild später, wobei der pädagogische Blick auf die „zweite deutsche Demokratie“ unvermeidlich blieb. Eine etwas anders geartete Finalisierung lag der seit den 1980er-Jahren boomenden Exil- und Emigrationsforschung zugrunde, die die Linksintellektuellen favorisierte und dabei Weimar als krisengeplagte Vorgeschichte behandelte. Erst als im neuen Jahrtausend die pro-demokratischen und verfassungstreuen Intellektuellen stärker in den Fokus der Forschung rückten (Christoph Gusy u.a.), pendelte sich die Epoche auf die ihr angemessene Eigengravitation ein, auch wenn ihre politische „Gemengelage“ (Gangl/Raulet), das Schwanken zwischen links und rechts nach wie vor am interessantesten zu sein schien.

Das hier zu besprechende Buch des Politikwissenschaftlers Jens Hacke entzieht sich dieser

Tradition zwar nicht, gibt ihr aber eine bemerkenswerte neue Wendung. Das liegt ebenso an der thematischen Konzentration des Autors wie an seiner Methode, Ideengeschichte zu schreiben, vor allem aber an dem Fluidum, in dem beides zusammenspielt. Vorausgesetzt ist die unbezweifelbare Tatsache, dass sich im Europa der Zwischenkriegszeit eine „Existenzkrise der Demokratie“ ereignete, die bis zur bitteren Neige ausgeschöpft wurde und für die das politische System der Weimarer Republik das erschreckendste Beispiel abgab. Aber nicht dieses *factum brutum* treibt den Verfasser um, sondern wie die Zeitgenossen – und vor allem die Intellektuellen unter ihnen – darauf reagiert haben, wie sie die Ereignisse erlebt, analysiert und interpretiert haben.

Die Intellektuellengeschichte der Zwischenkriegszeit ist bekanntlich eines der am besten bestellten Felder der modernen Ideengeschichte überhaupt, und so hat es der Verfasser nicht leicht, ein noch unbeackertes Fleckchen zu finden. Dass dies mit der „politischen Theorie des Liberalismus“, wie der Untertitel des Buches lautet, möglich ist, hat mit dem evidenten Charakter des „Zeitalters der Extreme“ (Hobsbawm) ebenso zu tun wie mit den Fixierungen der Forschung, die sich von den Extremen faszinieren ließ und dabei die Mittellagen hintanstellte. Aber der Verfasser ist über die bisherige Literatur bestens informiert und weiß, worauf er sich einlässt: Er macht gar nicht erst den Versuch, den „nominell liberalen Denkern“, wie er sie im Verlauf des Buches immer wieder nennt, eine fixe und eindeutig definierte „Theorie“ zuzuschreiben, geht vielmehr davon aus, dass schon die Definition des Liberalismus in der Weimarer Republik nichts weniger darstellt als ein „Dilemma“ (S.10 ff.).

Was für den Liberalismus als parteipolitische Formation evident ist – dass sie schon am Anfang der Weimarer Republik schwach war und in ihrer kurzen Geschichte einer zunehmenden Auszehrung unterlag –, galt modifiziert auch für den Liberalismus als ideenpolitisches Phänomen: Zwar gab es prominente und sprachmächtige Einzelfiguren in der Weimarer Intelligenzija, die sich selbst als liberal bezeichneten oder so wahrgenommen wurden, aber sie bildeten eben keine stabile Formation, sondern blieben als Gruppe zersplittert, wenn nicht amorph. Hier beginnt die erste und keineswegs leicht zu bewältigende Herausforderung für den Verfasser, doch Hacke versteht es, aus der Not des Theoretikers eine Tugend des Historikers zu machen: „Selten haben Liberale intensiver über die Bestandsbedingungen und die Fragilität einer demokratischen Ordnung nachgedacht als in der Krise der Zwischenkriegszeit“ (S. 20) Es ist also die Existenzkrise der Demokratie selber, die zum zentralen Fokus wird. Primär ist mithin nicht die Frage nach einer theoretischen Identität des liberalen Denkens, die nur als Fiktion möglich wäre, vielmehr geht es um eine erst zu konstruierende „Reflexions- und Erfahrungsgeschichte“,

was heißt, „liberale Diskurse (zu) identifizieren, die nicht nur den Krisencharakter der Epoche widerspiegeln, sondern zudem Antworten auf akute Herausforderungen suchen.“ (S. 27)

Krise – das ist bekanntlich, in der privaten wie in der objektiven Geschichte, ein höchst flüchtiger Anhaltspunkt des Denkens wie des Handelns, mehr ein Fluidum als ein Fixpunkt. Gerade dadurch aber kann er zum Ausgangspunkt grundsätzlicher Reflexion und weitreichender Überlegungen werden, die eine radikale Selbstkritik einschließen. Um dieses intellektuelle Potenzial in seiner ganzen Breite abzubilden, muss Hacke ein möglichst weites Spektrum der Weimarer Intelligenzija einfangen: die „nominell liberalen Denker“ werden von ihm deshalb nicht isoliert behandelt, sondern vielfach in Beziehung gesetzt zu Vertretern benachbarter Ideenformationen wie dem verfassungstreuen Konservatismus oder der sozialdemokratischen Linken; auch werden die Grenzen der akademischen Fächer souverän überschritten, sodass in dieser neuen Erzählung der Weimarer Intellektuellengeschichte viele Stimmen zu hören sind: bekannte und weniger bekannte Verfassungsrechtler, Staatswissenschaftler, Soziologen und Ökonomen, aber auch politische Journalisten, zum Beispiel aus dem Umfeld der liberalen *Frankfurter Zeitung*.

Krise der Demokratie – das war in der Zwischenkriegszeit aber auch ein Fass ohne Boden, in dem es buchstäblich um Alles, um Sein oder Nichtsein nicht nur des Weimarer Institutionensystems ging. Umso mehr muss sich der Ideenhistoriker um eine kluge Beschränkung bemühen, bedarf es einer gezielten Auswahl von Themen und Unterthemen, die in die Überfülle des ideengeschichtlichen Stoffes klärende Schneisen zu schlagen erlauben. „Das Grundproblem, den Liberalismus als politische Theorie, Ideologie oder – wie die Zeitgenossen sich auszudrücken pflegten – als ‚Weltanschauung‘ zu fassen, liegt in seiner Vieldeutigkeit.“ (S. 43) Zur Bewältigung dieses Problems legt Hacke vier solcher Schneisen an, die das Buch in vier etwa gleichlange, aber nicht gleichgewichtige Abschnitte gliedern. So sehr sich in ihnen eine historische Abfolge andeutet, wird dennoch zu fragen sein, ob die Geschichte der liberalen beziehungsweise liberal-affinen Intellektuellen in der Zwischenkriegszeit sich tatsächlich als ein schlüssiger Lernprozess darstellen lässt.

Das erste, „Ausgangslagen“ überschriebene Kapitel schildert die „Konstellationen liberalen Denkens nach dem Ersten Weltkrieg“, oder politikgeschichtlich gesprochen, wie liberale Intellektuelle den Übergang von der Monarchie zur Republik verarbeitet haben. Hier marschiert zunächst die ältere Generation auf: Max Weber, Hugo Preuß, Leopold von Wiese und Ernst Troeltsch. Von Letzterem stammt bekanntlich die vielzitierte Formel des „Vernunftrepublikaners“, an der sich ablesen ließ, wie schwer es den akademischen

„Mandarinen“ (Fritz Ringer) fiel, sich mit den neuen Verhältnissen anzufreunden. Von Reserven und Ambivalenzen gegenüber der Demokratie ist bei ihnen durchgehend die Rede. Während ein „Modernisierer“ wie Max Weber einerseits die konsequente Parlamentarisierung der Politik begrüßte, andererseits aber traditionsverbürgte ‚Bremsen‘ wie das Amt des plebiszitär legitimierten Reichspräsidenten in das politische System einbauen wollte, äußerten sich andere Soziologen wie Leopold von Wiese oder der junge Helmuth Plessner skeptischer. Den größten Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung der Weimarer Reichsverfassung nahm der Verfassungsjurist Hugo Preuss, der sich an der dem Obrigkeitsstaat entgegengesetzten Idee des „Volksstaates“ orientierte. Seine jüngeren Kollegen indes spalteten sich im Zuge der Verfassungsauslegung bald in einander bekämpfende Richtungen auf: So hielt sich Richard Thoma bis in die Krisenzeit hinein an den Buchstaben der Verfassung, während Carl Schmitt und Rudolf Smend überpositive Konzepte wie die „Freund-Feind-Relation“ oder die „Integration“ entwarfen und auf diese Weise der strauchelnden Verfassungswirklichkeit zusetzten.

Hackes Deutung, dass der historische Kompromiss, dem sich die Weimarer Reichsverfassung verdankte, über weite Strecken auf liberalen Leitideen beruhte, ist sicherlich zuzustimmen; aber er weiß auch, dass dies für die größte Reichstagsfraktion, nämlich die Sozialdemokraten, nur als Ausgangsbasis für die Ausgestaltung einer wie immer gearteten sozialen Demokratie verstanden wurde, eine Position, für deren „moderateste“ Auslegung er ausführlich auf Hermann Heller Bezug nimmt. Doch weil der Liberalismus gegen Ende des Jahrzehnts als politische Formation immer ungreifbarer wurde, gipfelt dieses Kapitel in Überlegungen, wie „liberale Bürgerlichkeit und bürgerlicher Antiliberalismus“ überhaupt miteinander in Einklang gebracht werden konnten (S. 90 ff.). Das Ergebnis ist eine ebenso klare wie negative Momentaufnahme, die der Autor zu einer ebenso sensiblen wie gut belegten Kulturdiagnose ausweitet: „Das ambivalente und in vielerlei Hinsicht ungeklärte Verhältnis eines verunsicherten bürgerlichen Liberalismus zur Demokratie ließ sich auf ein ganzes Bündel geistiger Dispositionen zurückführen. Vom Elitedenken und von der inneren Distanz zum modernen egalitären ‚Massenzeitalter‘ war ebenso die Rede wie von einem eng damit verbundenen Kulturpessimismus. Die Weltanschauung des Bürgertums war in dem Moment in die Krise geraten, als sich das Verständnis des Bürgers vom Klassen- zum normativ anspruchsvollen egalitären Staatsbürgerbegriff wandelte.“ (S. 123)

Da dem deutschen Liberalismus der Zwischenkriegszeit offensichtlich positiv nicht auf die Spur zu kommen ist, nimmt Hacke im zweiten Kapitel des Buches einen anderen Anlauf und fragt nach dem „Feind von rechts“, nach der „Auseinandersetzung mit dem

Faschismus“. Das ist allein deswegen eine überraschende Volte, weil diese Ecke der Kampfarena bisher eher der politischen Linken vorbehalten war. Aber tatsächlich macht der Verfasser hier einige interessante Entdeckungen und lässt Protagonisten des liberalen Ideenkampfes auftreten, die bisher unbeachtet geblieben sind: Dazu gehört etwa Fritz Schotthöfer, ein wendiger Redakteur der *Frankfurter Zeitung*, der bereits 1924 mit einer ebenso aktuellen wie soliden Beschreibung von Mussolinis „Marsch auf Rom“ hervortrat. Schotthöfer erkannte nicht nur frühzeitig die europäische Dimension des Angriffs auf die Demokratie, sondern nahm in seiner Darstellung Stichworte vorweg, die später auch für die theoretische Analyse des Nationalsozialismus wichtig werden sollten.

Hackes eigentliche Entdeckung aber heißt Moritz Julius Bonn, über den er auch anderweitig schon publiziert hat: 1873 geboren und der Ausbildung nach Ökonom, erlangte dieser jüdische Publizist in der Weimarer Republik eine außerordentliche Öffentlichkeitspräsenz, blieb aber, als Präsident zuerst der Münchner und dann der Berliner Handelshochschule, gleichwohl eine Randfigur im akademischen Establishment. Bonn publizierte eine Vielzahl von Büchern und Artikeln, die sowohl die rechten Republikfeinde aufs Korn nahmen als auch der Verteidigung der parlamentarischen Demokratie mit speziellen Interessen zuarbeiteten. Er suchte nach ökonomischen Formen, die der deutschen Wirtschaft die Bewältigung der Kriegsfolgen (wie zum Beispiel die Reparationsforderungen) erleichtern sollten, und wollte ihre Modernisierung im Rahmen eines sozial abgefederten Kapitalismus vorantreiben. So konsequent sich Bonn damit auch von einem mit dem Faschismus sympathisierenden Rechtsliberalen wie Erwin von Beckerath abgrenzte – ohne ein wenig Etikettenschwindel kommt Hackes demonstrative Aufwertung des „liberalen Antifaschismus“ nicht aus. Das wird spätestens dann deutlich, wenn er Hermann Hellers *Europa und der Fascismus* von 1929 als den gewichtigsten Beitrag der von ihm identifizierten Richtung auszeichnet – und in diesem Zusammenhang auf entlarvende Weise selbst von dessen „Eingemeindung“ (S. 179) in den liberalen Diskurs spricht. So mag die Frage erlaubt sein, ob für den Scheitelpunkt der Krise, als es um die Rettung der Weimarer Verfassung ging, nicht doch eher standhafte und gestandene sozialdemokratische Staatsdenker in den Vordergrund zu rücken wären, selbst wenn sie, wie Heller, nationalen Integrationswünschen nachgaben – und nicht ein linksliberaler Außenseiter wie Bonn?

Aber natürlich steckt in solchen Fragen eine schreckliche Vereinfachung: War die Lage der Republik schon seit 1929 prekär geworden, so steuerte sie bereits mit Beginn der Notstandsregierungen auf den autoritären Abgrund zu. Aber nichts wäre irreführender, als in dieser Entwicklung einen Automatismus am Werke zu sehen. Es ist das große Verdienst

Hackes, dass er im dritten Kapitel seines Buches alle Mittel aufbietet, um mögliche Auswege und denkbare Alternativen durchzuspielen, und so die Kontingenz der Ereignisse vor Augen zu führen. Die Möglichkeit dazu verschafft er sich durch eine erweiterte Perspektive, die neben den normativen Ideen des liberalen Diskurses auch die institutionellen Formen berücksichtigt, in denen sich der liberale Kern der Weimarer Verfassung kristallisiert hatte. Folglich kreisen seine Ausführungen um parlamentarische Repräsentation, um Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung. Diesen liberalen Kern zu identifizieren, zu erhalten und schließlich aktiv zu verteidigen – das war Sinn und Zweck der Debatten um die „wehrhafte Demokratie“, die man mit guten Gründen als Resultat eines liberalen Lernprozesses verstehen kann. Gewissermaßen nebenbei unternimmt es Hacke, dem keineswegs klaren Verhältnis des deutschen Liberalismus zur republikanischen Tradition nachzuspüren.

Die Autoren, die in diesem Kapitel des Buches zitiert werden, sind zwar ideengeschichtlich keine Unbekannten, aber sie erscheinen insofern in einem neuen Licht, als sie vom Verfasser insbesondere mit Blick auf ihre jeweilige Einstellung gegenüber den besonderen Herausforderungen des Weimarer Parlamentarismus befragt werden. Wenn Hacke den Staatsrechtler Hans Kelsen als einen der „klügsten und reflektiertesten Verteidiger der Demokratie“ (S. 212) auszeichnet, so verweist er damit darauf, wie frühzeitig dieser realisierte, dass das parlamentarische System zwar überfordert, es aber gerade diese Überkomplexität war, gegen die es „Wesen und Wert der Demokratie“ zu behaupten galt. Die von links wie von rechts, übrigens auch retrospektiv (Leo Strauss, Eric Voegelin) gegen Kelsen erhobenen Vorwürfe, denen zufolge sein philosophischer Wertrelativismus ihn wehrlos gemacht habe gegenüber den Attacken auf die Demokratie, erweisen sich insgesamt als unhaltbar.

Wenn Kelsen und andere „Positivisten“ wie Richard Thoma aus dem Relativismus eine eher funktionalistische Auffassung der Demokratie folgerten, so brachte gerade diese Begründungsstrategie einige erhellende Lichtstrahlen in den Begriffsnebel, in den die Integrationslehre eines Rudolf Smend oder die theologischen Souveränitätsspekulationen eines Carl Schmitt sich zu hüllen verstanden. Die gar nicht geleugneten „Defizite und Gefährdungen der Demokratie“ (S. 233 ff.) konnten auf diese Weise nüchtern diagnostiziert und mit Lösungsvorschlägen versehen werden. Hier ist wieder der Ort, an dem Moritz Julius Bonn in Erscheinung tritt und mit den beiden bekanntesten sozialdemokratischen Verfassungsdenkern, eben mit Hermann Heller und Hans Kelsen, zu einem informellen „republikanischen Club“ zusammengruppiert wird, seit 1929 zusätzlich verstärkt durch den Philosophen Ernst Cassirer.

Es ist von einiger ideenhistorischer Aussagekraft, dass sich die zwanglose Aufreihung dieser und anderer Namen beinahe deterministisch auf die Zukunftsgeschichte der Emigration nach 1933 ausrichten lässt. Im vorliegenden Kontext ist dafür das prominenteste Beispiel der Münchner Jurist Karl Loewenstein, dem üblicherweise die Erfindung des Begriffs der „wehrhaften Demokratie“ („militant democracy“) zugeschrieben wird. Doch Hacke verschiebt den Akzent und verweist darauf, dass Loewensteins Aufsätze aus dem Jahr 1936 eher die spätere, sicherlich gut pointierte Zusammenführung von Überlegungen waren, die schon vorher zum Republikschutz vorgebracht worden waren. Wenn dabei urliberale Überzeugungen über Bord geworfen und illiberale Maßnahmen wie die vorübergehende Einschränkung von Grundrechten ergriffen werden sollten, so bestand genau darin der Prozess einer Selbstkorrektur des liberalen Denkens, das mit der „Verteidigung der Demokratie“ im Angesicht des Faschismus Ernst zu machen suchte.

Eine der Einsichten, die sich der Lektüre dieses Kapitels verdankt, ist die, dass von den zahlreichen zeitgenössischen publizistischen Reaktionen auf die Existenzkrise der Weimarer Demokratie jene am interessantesten sind, die sich einen nüchternen Blick auf die Entwicklung bewahrten und sich nicht an der „moralischen Aufrüstung“ des pro-demokratischen Diskurses (S. 255), die zumal nach 1933 natürlich überbordend ausfiel, beteiligten. Dazu zählen heute völlig vergessene Autoren wie der Prager Philosoph Felix Weltsch (S. 256 ff.), aber auch prominente Autoren wie der mit Loewenstein gut bekannte Thomas Mann, der seinen seit den 1930er-Jahren anwachsenden politischen Weltruhm nicht nur dem publizistischen Kampf gegen Hitler, sondern auch seinem Bekenntnis zur westlichen Demokratie verdankte. Und noch eine Volte des Verfassers ist hier festzuhalten, weil sie dem Ernüchterungsgebot zu widersprechen scheint: „Es ist nur folgerichtig, dass Demokratietheoretiker von Kelsen bis Loewenstein in der entscheidenden Frage um die Stabilität der Demokratie immer auf die politische Kultur als Bestandsvoraussetzung zurückkommen.“ (S. 278) Schon hier taucht also der später so prominente Begriff auf, unter dem sich die „weicheren“ Konstituentien der Demokratie versammeln lassen.

Im vierten Kapitel geht es ans Eingemachte, nämlich um das Verhältnis von Staat und Wirtschaft und um die Frage, was sich daraus für die Gesellschaftsordnung ergibt. Dass Hacke dieses abschließende Kapitel mit „Einhegung des Kapitalismus?“ überschreibt und damit den liberalen Diskurs selber auf eine reformistische Linie, auf die „Suche nach dritten Wegen“ festlegt, sagt etwas über seine Gesamtperspektive. Sie zielt nicht auf die Konfrontation mit der tatsächlichen Zukunft des deutschen Kapitalismus, der sich nach 1933 mit dem NS-Regime verbündete und im Zweiten Weltkrieg dann seinen räuberischen und mörderischen Siegeszug über Europa antrat. Ins Zentrum rückt vielmehr die Frage, ob

es *vorher* von liberalen Denkern, und das heißt hier von pro-kapitalistischen Ökonomen alternative Vorschläge gab, diese rechts-totalitäre Verbrüderung von Wirtschaft und Staat zu vermeiden, wobei auffällt, dass Hacke die links-totalitäre Alternative, das heißt die bolschewistische „Überwindung“ der Systemkrise zwar kennt, aber nicht weiter verfolgt.

Die sozial-liberale Perspektive ist also vorgegeben: „Die Regeneration des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die Reflexion über eine neue politische Einbettung der Marktwirtschaft und auf die notwendigen Maßnahmen, den Kapitalismus sozial verträglich zu gestalten und mit der Demokratie kompatibel zu gestalten – diese Aufgaben standen auf der Agenda liberaler Denker.“ (S. 288) Die zeitgenössischen Leitbegriffe dafür lauteten unter anderem „organisierter Kapitalismus“, „soziale Demokratie“ oder „demokratischer Kapitalismus“, und der sich an ihnen abarbeitende Diskurs war wiederum so vieldeutig wie der Weimarer Liberalismus insgesamt. Unter den in der Festschrift für den altgedienten Ökonomen Lujo Brentano versammelten Autoren war die Devise „Entweder Kapitalismus oder Sozialismus. Tertium non datur“ eines Leopold von Wiese gleichwohl die Ausnahme; die meisten jüngeren Ökonomen einschließlich des berühmten Werner Sombart hielten zumindest eine Funktionssteigerung des Staates für unvermeidlich, wenn sie ihn nicht sogar auf eine sozialpolitische Abfederung der systemtypischen Krisenerscheinungen verpflichten wollten.

An dieser Stelle hebt Hacke noch einmal den von ihm wiederentdeckten Moritz Julius Bonn als Kronzeugen liberaler Konstruktivität aufs Schild: Seine ebenso zahlreichen wie populären Schriften deckten schonungslos die „strukturellen Defizite“ des „eigenartig starren, autoritativen Kapitalismus“ (S. 315) in Deutschland auf, argumentierten gleichermaßen gegen die Monopolisierungstendenzen im Marktgeschehen wie gegen den „Antiparlamentarismus mächtiger Großindustrieller“ (S. 313) und glaubten damit einen Weg vorzuzeichnen, wie eine modernisierte Privatwirtschaft mit der parlamentarischen Demokratie nicht nur koexistieren, sondern von ihr sogar profitieren könnte. Das leuchtende Vorbild, das Bonn dabei vor Augen hatte und in den Stabilisierungsjahren der Weimarer Republik publizistisch sehr erfolgreich zu präsentieren verstand, waren die Vereinigten Staaten von Amerika, auch wenn es dazu einer gewissen Idealisierung bedurfte, die spätestens angesichts der von Amerika ausgehenden Weltwirtschaftskrise immer unglaubwürdiger wurde.

Der eigentliche Offenbarungseid des liberalen Diskurses aber stand erst an, als sich die Wirtschaftskrise zur Staatskrise ausweitete. Hacke nimmt diesen historisch entscheidenden Umschlagspunkt zum Anlass, um vor einer Überschätzung der „Handlungsmacht von

Theorie“ zu warnen: Nicht nur liberale Denker gerieten nach 1930 gegenüber der „normativen Kraft des Faktischen“ in die Defensive. Und er stellt sich diesem Problem auf ideengeschichtlich originelle Weise, indem er auf die Vorgeschichte der ordoliberalen Schule zu sprechen kommt, also auf damals junge NationalökonomInnen wie Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke oder Walter Eucken, die bekanntlich später für die theoretische Begründung der sozialen Marktwirtschaft wichtig wurden und damit die Weichen für das sogenannte „Wirtschaftswunder“ mitgestellt haben. Was dabei an den Tag kommt, muss man als Entmystifizierung eines bundesrepublikanischen Gründungsmythos begrüßen: Keineswegs nämlich zeigt sich in den Zwischenkriegsschriften der drei Ordoliberalen die einhellige Option für einen demokratisch oder gar sozialstaatlich orientierten Staatsinterventionismus, auch wenn es nicht Carl Schmitts „totaler Staat“, sondern andere Varianten des „starken Staates“ waren, den diese „Liberalen in spe“ seinerzeit favorisierten.

Wenn die „Suche nach Ordnung“ tatsächlich auf das „Legitimationsproblem eines demokratischen Kapitalismus“ hinauslief, wie Hacke zwei seiner Kapitel überschreibt, dann ist seine Bestandsaufnahme sozialliberaler Beiträge dazu ziemlich ernüchternd, ist es doch kein Zufall, dass die interessantesten Lösungsvorschläge für die Harmonisierung von Kapitalismus und Demokratie eher von sozialdemokratisch engagierten Theoretikern kamen. Dazu gehörten etwa die später an der New Yorker New School wirkenden Ökonomen Adolph Löwe und Eduard Heimann oder auch gewerkschaftsnahe Juristen wie Franz Neumann und Ernst Fraenkel, die das Konzept einer staatlich mediatisierten Wirtschaftsdemokratie vertraten. Dass beide Denkrichtungen, die vom Autor immerhin kurz erwähnt werden, ihre Schlussfolgerungen erst in der Emigration richtig entfalten konnten, verweist auf einen ideengeschichtlichen Wirkungszusammenhang höchst ambivalenter Art: Es war die schändliche Vertreibung jüdischer wie anderweitig systemkritischer Intellektueller aus Hitler-Deutschland, die die intelligenteren Köpfe des Weimarer Reformdiskurses nolens-volens in eine dezidiert internationale Diskussionsgemeinschaft hineinkatapultierte. Was aber die „Einhegung des Kapitalismus“ betrifft, so zeigten sich die tatsächlichen Alternativen zu der von Franz Neumann in seinem *Behemoth* so hellsichtig analysierten Entwicklung in Deutschland in Franklin Delano Roosevelts Politik des *New Deal* und im dazugehörigen Keynesianismus.

Jens Hacke resümiert sein intellektuelles Panorama der Zwischenkriegszeit, das diese Bezeichnung wirklich verdient, mittels der Begriffe „Ernüchterung“ und „Erneuerung“, die er im liberalen Krisendiskurs gleichermaßen am Werke sieht. Er findet also in seinem originell ausgewählten Ideenmaterial, das mit äußerster Sorgfalt recherchiert ist und von

ihm elegant präsentiert wird, weder den großen Wurf, den sich der Theoretiker wünscht, noch den zweifelsfrei passenden Schlüssel, der eine von Brüchen und Ungleichzeitigkeiten durchfurchte Epoche widerspruchsfrei aufzuschließen und im Stile einer organischen Lerngeschichte zu erzählen erlaubt. Obwohl oder vielmehr gerade weil die Gliederung des Stoffes völlig einsichtig und die Argumentation des Autors durchgehend transparent ist, steht am Ende die ebenso bescheidene wie ehrliche Feststellung, dass „der Vielheit dessen, was sich als liberal verstand, ein integratives Moment fehlte“ (S. 392).

Aber der Verfasser versteht es, aus der Not des Theoretikers eine Tugend des Historikers zu machen: Selten wurde ein so kompliziertes Ideengeflecht, das abstrakte philosophische Prämissen, trockene staatsrechtliche Deduktionen und nationalökonomische Modelle miteinander in Beziehung gesetzt hat, mit so viel Gespür für politische Ambivalenzen zur Darstellung gebracht. Das ist die eine Seite. Eine andere Frage ist, ob diese interpretatorische Virtuosität, die bisweilen ein wenig spielerisch wirkt, mehr hätte dafür genutzt werden können, den Horizont der Weimarer Epoche gezielt zu überschreiten. Immerhin werden etliche Ansätze dazu am Ende des Buches noch einmal aufgegriffen, es gibt dort vorsichtige Ausblicke sowohl auf die gründliche Veränderung der Diskursbedingungen im amerikanischen Exil als auch auf die liberale Imprägnierung des frühen bundesrepublikanischen Konservatismus. Der „Cold War Liberalism“ und die dazugehörige Hegemonie der Totalitarismustheorie erscheinen als geschichtsmächtige Anschlussdiskurse am Horizont, können aber natürlich nicht ausbuchstabiert werden. Wenn der Autor abschließend auf die aktuelle Bedrohung der westlichen Demokratien durch einen grassierenden Rechtspopulismus zu sprechen kommt, hat man abermals Grund, ihm für seine Zurückhaltung dankbar zu sein; denn um eine „Existenzkrise“, die mit der Situation der Zwischenkriegszeit vergleichbar wäre, handelt es sich bislang (noch) nicht.

Alfons Söllner

Professor Dr. Alfons Söllner ist emeritierter Professor für politische Theorie und Ideengeschichte, er lehrte von 1994 bis 2012 an der Technischen Universität Chemnitz. Geb. 1947 in Bayern, Studium in Regensburg, München und Harvard, 1977 Promotion an der LMU München, 1986 Habilitation an der FU Berlin, 1990–1991 Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin, 1994–1997 Prorektor der TU Chemnitz. Forschungsschwerpunkte: Wirkungsgeschichte der Hitler-Flüchtlinge; Geschichte der Politikwissenschaft; Politische Theorien im 20. Jahrhundert; Politische Ästhetik; Flüchtlingspolitik. Ausgewählte Veröffentlichungen: Peter Weiss und die Deutschen, 1988; Deutsche Politikwissenschaftler in der Emigration, 1996; Fluchtpunkte. Studien zur politischen Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, 2006; Deutsche Frankreich-Bücher aus der Zwischenkriegszeit, 2012.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Karsten Malowitz.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/die-liga-der-aussergewoehnlichen-gentlemen.html>